

«Die Arbeit des IKRK wird instrumentalisiert»

Peter Maurer, Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), kritisiert, dass in Syrien humanitäres Handeln mit politischen Forderungen verknüpft wird. **Interview: Kathrin Alder**

NZZ am Sonntag: Ein versuchter Putsch in der Türkei, neue Offensiven in Syrien, Terroranschläge: Man hat das Gefühl, die Welt brenne an allen Ecken und Enden. Täuscht der Eindruck, oder haben wir tatsächlich mehr Konflikte als vor 10, 20 Jahren?

Peter Maurer: Das IKRK beschäftigt sich seit 150 Jahren mit Kriegen und Konflikten. Die Organisation hat Weltkriege gesehen, humanitäres Leid im Kontext eines Genozids gemildert. Trotzdem kann man sagen: Die Zahl der Konfliktherde und besonders deren Auswirkungen sind heute wohl bedeutender als noch vor 10 Jahren.

Wie meinen Sie das?

Wir haben heute ganze Regionen, die instabil und von grosser Gewalt geprägt sind. Der Irak, Syrien, Jemen, die Ukraine, das Horn von Afrika, der Sahel. All diese Konflikte haben starke Auswirkungen, allen voran auf die Nachbarländer, in denen über 80 Prozent aller Flüchtlinge und Vertriebenen leben. Es handelt sich dabei nicht um vorübergehende Fluchtbewegungen, sondern um Millionen von Menschen, die über Jahre hinweg fernab ihrer Heimat leben. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es nicht mehr so viele Vertriebene.

Die Welt ist tatsächlich unruhiger geworden?

Mit Blick auf die Zahl der Konflikte und deren regionale, aber auch globale Auswirkungen ist diese Einschätzung wohl mehr als nur ein subjektiver Eindruck.

Wie geht das IKRK damit um?

Unsere Kernaufgabe besteht darin, in Konflikten dafür zu sorgen, dass wir Zugang zu den Bedürftigen bekommen, um humanitäre Hilfe leisten zu können. Wir wollen die Menschen zum Beispiel mit Wasser und Lebensmitteln versorgen und die Konfliktparteien dazu ermahnen, das internationale humanitäre Recht einzuhalten. Was uns diese Arbeit heute erschwert, ist vor allem die zunehmende Verpolitisierung der Konflikte und der Verlust des Vertrauens der Parteien in minimale humanitäre Regeln. Nehmen wir Syrien als Beispiel. Dort haben wir zahlreiche Verletzungen von humanitärem Völkerrecht auf allen Seiten. Jede Konfliktpartei denkt sich: Weshalb soll ich meine Kriegsgefangenen anständig behandeln, wenn ich weiss, dass es die Gegenseite nicht tut?



«Der Verlust von Vertrauen in minimale humanitäre Regeln erschwert unsere Arbeit»: IKRK-Präsident Peter Maurer. (Genf, 4. August 2016)

Peter Maurer

Der 59-jährige Diplomat steht seit 2012 an der Spitze des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). Zuvor hatte er sechs Jahre lang die Ständige Mission der Schweiz bei den Vereinten Nationen geleitet, bevor er 2010 für knapp zwei Jahre als Staatssekretär ins Aussendepartement EDA zurückkehrte. Maurer stammt aus Thun und ist Mitglied der SP Bern. (ald.)

Woher kommt dieser Vertrauensverlust? Immerhin bestand einmal Konsens darüber, dass in einem Krieg gewisse Regeln der Menschlichkeit eingehalten werden sollen.

Nicht alle Konflikte sind gleich, und der Vertrauensverlust ist nicht überall gleich gross. Aber gerade in Syrien gründet er in der Verpolitisierung des Konflikts. Dies hängt damit zusammen, dass viele Konfliktparteien in den Krieg involviert sind. Wir haben es in Syrien mit 20, 30

Gruppierungen zu tun, deren Ziele nicht immer klar sind. Die Einhaltung humanitärer Regeln, den Zugang zu Verletzten etwa, verknüpfen sie mit politischen Forderungen. So wird die Arbeit des IKRK instrumentalisiert.

Wie sehen diese politischen Forderungen aus?

Während Jahren war das Verhandeln von humanitären Räumen in Konflikten eine technische Angelegenheit. Heute hören wir oft: Ich lasse eine IKRK-Delegation nur in mein Gebiet, wenn ich dafür politisch anerkannt werde. Die ganzen Zugangsverhandlungen in Syrien verlaufen so. Die Konfliktparteien wollen sich die Anerkennung der Grossmächte quasi erkaufen.

Wie können Sie diese Instrumentalisierung verhindern? Das IKRK ist auf Vertrauen angewiesen, die ganze humanitäre Arbeit in Konflikten basiert darauf.

Wir können nur versuchen, Vertrauen neu zu schaffen. Zeigen, dass es auch anders gehen könnte. Etwa, dass verschiedene Seiten Zugang zu den

gleichen humanitären Dienstleistungen haben.

Wird es in Syrien in absehbarer Zeit eine Lösung geben?

Davon gehe ich nicht aus. Seit fünf Jahren versucht man es politisch, bis jetzt ohne Resultat. In Genf gibt es zwar einen Tisch für Verhandlungen, man weiss aber nicht, wer daran sitzt, geschweige denn, was man besprechen will. Das Problem in Syrien ist, dass die wichtigsten Parteien nach wie vor an einen militärischen Sieg glauben.

Seit einigen Wochen steht auch die Türkei im Fokus. Das Land entfernt sich nach dem Putschversuch immer mehr von demokratischen Strukturen. Ist das EU-Flüchtlingsabkommen unter diesen Umständen noch tragbar?

Das müssen andere beurteilen. Wir hatten unsere Bedenken, ob dieser Deal die beste Lösung ist - wie andere humanitäre Organisationen auch. Nun stellen wir fest, dass sich die Umstände geändert haben und dass es in der Praxis grosse Probleme gibt. Ich gehe deshalb davon aus, dass die politischen

Verantwortlichen wohl über die Bücher gehen müssen.

Präsident Erdogan verhält sich zunehmend autoritär, grundsätzlich scheint es einen Trend hin zu autoritären Regimes zu geben.

Tatsächlich sehen wir neben der erwähnten Ausdehnung von Konflikten und der Fragmentierung von Macht generell auch eine gegenläufige Tendenz: die Konzentrierung von Macht. Diese beraubt eine Gesellschaft ihrer Vielfalt und den Einzelnen oft seiner individuellen Rechte und Freiheiten. Sie schliesst ganze Bevölkerungsteile von der politischen Macht aus. Das führt oft zu Gewalt und dereinst zu humanitären Problemen, um die wir uns kümmern müssen.

Die grosse Zahl der Konflikte und deren Folgen haben Auswirkungen

«Der Charakter des IKRK definiert sich nicht durch den Pass der Mitarbeiter.»

gen auf das Budget des IKRK. Jüngst wurde mit humanitären Anleihen eine neue Art der Finanzierung lanciert. Prompt wurde Kritik laut, private Unternehmen würden mit der Unterstützung des IKRK Geld verdienen.

Ich glaube, diese Kritik basiert primär auf einem Missverständnis. Mit den humanitären Anleihen wollen wir im wesentlichen Geld mobilisieren, das sonst nicht für humanitäre Aktivitäten eingesetzt würde. Es geht uns nicht darum, dass einzelne Unternehmen oder Staaten Gewinn machen. Wir zahlen ihnen einen minimalen Zins, damit sie keine Verluste machen.

Wie hoch ist der Zins?

Wir sind mit interessierten Parteien noch am Verhandeln. Aber es sind sicher keine Negativzinsen.

Was im heutigen Umfeld immerhin schon viel ist.

Das stimmt. Aber Private müssen ja ein Interesse an der Anleihe haben. Unser Ziel muss sein, dass sie das Geld, das sie zurückbekommen, wieder in humanitäre Aktivitäten investieren. Natürlich sind wir nach wie vor auf Spender angewiesen, aber wir müssen auch realistisch sein. Es gibt viel Kapital, das heute anders generiert werden muss. Genau das versuchen wir, mit neuen Instrumenten. Wichtig dabei ist, dass wir transparent sind: Die Öffentlichkeit soll wissen, woher das Geld kommt und welche Rechte und Pflichten damit verbunden sind.

Leute aus dem Umfeld des IKRK klagten, der Organisation sei die «Swissness» abhandengekommen, weil immer weniger Delegierte aus der Schweiz stammen. Wie wichtig sind Schweizer Werte beim IKRK?

Wenn ich unsere Arbeit betrachte, so versuchen wir, mit allen involvierten Parteien zu sprechen, nahe an den Problemen und den Menschen zu sein, Recht und Pragmatismus miteinander zu verbinden. Diese Grundsätze zeichnen nicht nur uns als Institution aus, sondern sie sind gewissermassen die DNA der Schweiz. Deshalb habe ich manchmal Mühe mit dieser Diskussion. Die Internationalisierung der Belegschaft wurde vor 25 Jahren beschlossen, dennoch sind Schweizer Werte im IKRK heute noch immer stark verankert. Der Charakter der Organisation wird nicht durch den Pass der Mitarbeiter bestimmt.

«Umweltbundesrat» Alphons Egli ist tot

Der CVP-Politiker ist am Freitag in Luzern im Alter von 91 Jahren gestorben. Egli war von 1983 bis 1986 Bundesrat.

Felix E. Müller

Ein Bild ist es, das von Bundesrat Alphons Egli in der Erinnerung haften geblieben ist: Er steht, begleitet von einem stattlichen Medientross, im August 1983 in einem Wald bei Zofingen, schaut ernst in die Baumwipfel und erklärt das Waldsterben zur Tatsache. Es habe Dimensionen angenommen, «wie wir es bisher gar nicht realisiert haben». Der frischgebackene Bundesrat erlässt darauf zahlreiche Umweltmassnahmen, die für uns selbstverständ-

lich geworden sind: Katalysator, Tempo 80/120, Luftgrenzwerte, Förderung des öffentlichen Verkehrs. Der Fall ist ein Musterbeispiel dafür, wie in der Politik auch aus Irrtümern Gutes entstehen kann. Der Umweltschutz wurde überhaupt zum zentralen Thema seiner Amtszeit, musste er sich doch auch mit den Katastrophen von Tschernobyl und Schweizerhalle befassen. Er tat dies in einer Weise, die ihm bald viel Lob in linken und grünen Kreisen eintrug. Nichts liebt man dort ja mehr als einen Rechten, der sich als lernfähig erweist.

Als Rechter galt Egli bei seiner Wahl in die Landesregierung im Dezember 1982. Der spätere Anwalt wuchs in einem Elternhaus

auf, das die katholisch-konservative Tradition der Innerschweiz perfekt verkörperte. Doch in den siebziger Jahren liess sich erspüren, wie sehr dieses Milieu brüchig wurde. Die Konservative Volkspartei des Kantons Luzern wandelte sich zur CVP, die eine Öffnung in neue Bevölkerungskreise, in städtische Gebiete und zu «nicht katholischen» Themen suchte. Die Wandlung von Alphons Egli vom kantigen Traditionspolitiker zum zentristischen Reformler widerspiegelt wohl, wie sehr sich die angestammten Verankerungen der Partei zu lockern begannen. Nie hätte er es sich vermutlich träumen lassen, dereinst als «Umweltbundesrat» in den Nachrufen bezeichnet zu

werden. Zudem bereitete ihm der moderne, mediatisierte Politbetrieb von Anfang an Mühe. Er fühlte sich fremdbestimmt, eingeengt, dauerbeobachtet. Es kam dazu, dass er als Anwalt mit geringer Führungserfahrung im grossen Departement des Innern eine anspruchsvolle Managementaufgabe erhielt, die ihn sehr forderte. In diesem Punkt erging es ihm gleich wie dem Anwalt Rudolf Friedrich (fdp.), der gleichzeitig mit Egli in die Landesregierung gewählt wurde und nur zwei Jahre später aufhörte. Egli hielt es zwei Jahre länger aus und trat 1986 wegen gesundheitlicher Beschwerden zurück. Er war letztlich kein Politiker, sondern ein integrierter Diener des Vaterlands.



Alphons Egli am Vierwaldstättersee. (1982)